

LINKE

Comeback für Lafontaine?

Nach dem Wahldesaster der Linken in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg spekulieren Parteistrategen über die Rückkehr Oskar Lafontaines in die Bundespolitik. Anlass dafür sind Äußerungen von Fraktionschef Gregor Gysi, der dem Saarländer eine „Verstärkung“ des Engagements wünscht, aber auch Lafontaines Erklärungen, er sei wieder gesund. Derzeit ist Lafontaine Fraktionschef im Saarland. Mehrere Abgeordnete wollen am Dienstag auf einer Sitzung der Bundes-



Gysi, Lafontaine

tagsfraktion die Verantwortung der Parteispitze für die Wahlniederlagen thematisieren. Unter den einflussreichen Landesvorsitzenden Ostdeutschlands herrscht mittlerweile Konsens darüber, dass die Vorsitzenden Klaus Ernst und Gesine Löttsch gescheitert seien. Von der „schlechtesten Führung“, die man je gehabt habe, ist die Rede. In einem Brief an die Basis waren Löttsch und Ernst mit keinem Wort auf mögliche eigene Fehler eingegangen.

ZITAT

„Vor einem halben Jahr wurde uns ja gesagt, dass die Atomkraftwerke in Deutschland sicher sind. Und ich muss dann schon die Frage stellen, stimmt das nicht, hat man uns damals belogen? Das kann ich mir nicht vorstellen.“

Sachsens FDP-Chef **Holger Zastrow** am 1. April im Deutschlandfunk



Soldaten bei Übung

BUNDESWEHR

„Systematisch überschätzt“

Die Bundeswehrreform wird unter dem Druck knapper Finanzen radikaler ausfallen müssen als bisher angenommen. Einer Berechnung des Verteidigungsministeriums zufolge reicht das zur Verfügung stehende Geld künftig nur noch für 158 000 Soldaten und nicht, wie bislang geplant, für bis zu 185 000. „Auf der Basis der mit dem Finanzplan gelegten Grundlagen können Streitkräfte, die dem Anspruch von Modernität und Leistungsfähigkeit entsprechen und die damit als Arbeitgeber auch attraktiv sind“, nur in diesem Umfang finanziert werden, heißt es in einem neunseitigen Papier. Die bislang angenommenen Einsparpotentiale seien „systematisch überschätzt“ worden. Eine Reduzierung auf 158 000 Soldaten habe allerdings erhebliche Konsequenzen, warnen die Autoren. Die Leistungsfähigkeit der Truppe sinke, größere Einsätze würden erschwert. Der deutsche Militärbeitrag werde „weder der Rolle Deutschlands im Bündnis entsprechen noch den nationalen Sicherheitsinteressen genügen“.